

Der Balkankrieg.

Italien und Oesterreich schauern argwöhnlich auf die Tätigkeit der Serben und Griechen in Albanien. Die Italiener erregt das Vordringen der Griechen, die seit dem Fall Janinas die Türken vor sich hertreiben, sie sehen schon Italienisches Albanien frei haben wollen, durch die Sieger von Janina besetzt. Einige italienische Blätter haben solche Besetzung schon als Tatsache gemeldet. Von griechischer Seite aber wird die Meldung bestritten und erklärt, der Höchstkommmandierende vermeide sorgfältig jede, selbst provisorische Unternehmung, die auf den Hafen abzielt, da sie von Italien fallsch aufgefahrt werden könnte. Der einzig noch fehlende Punkt, der die griechische Linie in Epirus abschließen soll, sei Tepeleni, das unverzüglich besetzt werden solle.

Oesterreich betont seinen Gegensatz zu Serbien und Montenegro aufs neue. Eine Wiener Meldung der Frankfurter Zeitung vom 18. März behauptet:

Gewisse Vorgänge an den Küsten der Adria haben Anlaß zu militärischen Maßnahmen gegeben, über deren Ausführung der Bericht noch erwartet wird.

Näheres über die Art und den Grund dieser Maßnahmen liegt noch nicht vor. Vielleicht darf man die folgende Meldung zur Erklärung heranziehen:

Genève, 18. März. Amtlich wird gemeldet: Der Artilleriekampf vor SUTARI, der zwei Tage lang gedauert hat, ist seit mehreren Tagen nicht wieder aufgenommen worden, da sich die Türken ruhig verhalten und die Montenegroer Vorbereitungen für weitere Operationen treffen. Von Saloniki sind einige Transportschiffe in Begleitung griechischer Kriegsschiffe in San Giovanni di Medua eingetroffen.

Infolge des Beschlusses der montenegrinischen Regierung, den Anfall und den in Frage kommenden Staatsangehörigen das Verlassen von Sutari zu gestatten, hat sich ein Parlamentarier nach Sutari begeben, um den Beschluß Esad Pascha mitzuteilen. Dieser nahm davon Kenntnis, ohne eine Antwort zu erteilen.

Es ist bekannt, daß Oesterreich gegen die serbische Hilfe für die Belagerer von Sutari als eine gegen seine Interessen gerichtete Aktion ansieht. Zudem soll es in Giovanni di Medua zu einem Zusammenstoß gekommen sein, der Oesterreich einen Vorwand zum Eingreifen liefern könnte. Aus Wien wird berichtet:

Nach hier eingetroffenen Meldungen wurde am Sonnabend abend in San Giovanni di Medua ein österreichischer Dampfer durch montenegrinische Truppen an der Uferung seiner Ladung verhindert. Die österreichischen Matrosen wurden sogar mit dem Tode bedroht.

An der Adria sieht es also wieder einmal brenzlich aus. Inzwischen sinnen die Mächte darüber nach, was sie zur Beendigung des Krieges tun könnten. Sie haben auch schon einen Entschluß gefaßt:

Aus Berlin wird der Kölnischen Zeitung gebracht: Eine aus Rom gemeldete Angabe, wonach die Mächte beabsichtigen sollen, die Balkanstaaten zu baldiger Einleitung der Feindseligkeiten aufzufordern, scheint sich zu bestätigen.

Obs was nützen wird?

Gewerkschaftsbewegung.

Die Absperrung im Malergewerbe.

Die Bundesobersten in der Organisation der Malermeister spinnen bei ihrer Absperrung keine Seide. Konnten wir gestern die Einigung zwischen Meistern und Gehilfen in Brauen melden, so können wir heute mitteilen, daß die Zwangsinnung in Hannover gegen vier Stimmen beschlossen hat, die Absperrung aufzuheben und mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln. Die Malermeister in Hannover trübten sich schon von Anfang an, auszusperrten, ließen sich aber schließlich durch eine Scharfmacherrede des Hamburger Obermeisters umstimmen. Und wie es scheint, wird das Brauenerische und das Hannoverische Beispiel bald an andern Orten Nachahmung finden.

Zu dieser erwachenden Einsicht wird nicht wenig das Verhalten des Bundesdeutscher Dekorationsmaler beigetragen haben, der ja bekanntlich mit den Gehilfen Sonderverhandlungen angeknüpft hat. Ueber seine Motive schreibt er der bürgerlichen Presse:

Der Bund deutscher Dekorationsmaler, dem die namhaftesten und größten Firmen des deutschen Malergewerbes als Mitglieder angehören, hat beim Hauptamt in Berlin zweimal versucht, an den Beratungen zur Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages teilzunehmen. Dieses Ersuchen wurde von den Vertretern des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe jedesmal abgelehnt. Der Bund deutscher Dekorationsmaler sah sich nun veranlaßt, selbst mit den Gehilfenorganisationen in Verhandlungen einzutreten, welche zum Abschluß eines Sondertarifs führen sollen und welcher namentlich die Annahme der Parteilosen gefordert hat. Als Vertragskontrahenten gelten: der Bund deutscher Dekorationsmaler (Eis Alldorf), die Gehilfenorganisationen: der „Verband der Maler usw.“ (Eis Hamburg), der „Zentralverband der Hf. Maler usw.“ (Eis Düsseldorf), der „Hf. Dünker-Gewerbetreib.“ (Eis Berlin). Der neue Tarifvertrag ist auf Grund der Schiedsprüche der Unparteilichen in Berlin verhandelt und abgeschlossen worden. Gegenwärtig werden noch Verhandlungen gepflogen, die rein örtlicher Natur sind.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler konnte schon deswegen dem neuen Vertrag seine Zustimmung geben, da bei der gegenwärtigen Lohnbewegung nicht mehr die Lohnsätze und die Arbeitsnachweise die Ursachen sind, welche zur Absperrung führen. Der Bund ist schon durch sein Programm Gegner der Innungs- und der Vereinsarbeitsnachweise und es ist infolgedessen die Frage der Arbeitsnachweise für den Bund deutscher Dekorationsmaler erledigt.

Diese klärende Ohrfeige wird den Bundesobersten vom Arbeitgeberverband der Malermeister besonders wohltun. Die Auslassung des Bundes deutscher Dekorationsmaler kennzeichnet aber auch trefflich das verlorene Gerede von den unerträglich hohen Forderungen der Gehilfen, sie zeigt klipp und klar, daß es sich nur um eine Machtprobe der Scharfmacher im Lager der Malermeister handelt, die mit ihren Arbeitsnachweisen die Furcht über die Gehilfen schwingen wollen. Da sie nun aus eigener Kraft ihre Machtprobe nicht durchsetzen können, nehmen sie ihre Zuflucht zu den bekannten Terrorismusmitteln. So verbot die Viesfelder Innung ihren Mitgliedern, für Meister, die nicht aussperrten, Gerüste aufzustellen. In einem Zirkular an die Mitglieder der Zwangsinnung sagen sie:

Bei Übertretung vorstehender Beschlüsse (Nichtbeteiligung an der Absperrung und Aufstellen von Gerüsten für andere) wird

statten, wiederum eine proportionalistische Mehrheit und schließlich noch verstärkt, ergeben, aber die Reform wäre um nichts weiter. Es ist sicherlich eine groteske Situation, daß die aus einem indirekten und im Agrarinteresse verknüpften Wahlrecht hervorgegangenen Senatoren den von der Wählerchaft und der Mehrheit der Deputierten kundgegebenen Willen über die Art, wie die Deputierten gewählt werden sollen, mißachtet, und daß dieselben Leute, die ehe- dem die Abschaffung des Senats als Programmpunkt hatten, jetzt eben diesen Senat als Bollwerk der von der Deputierten- kammer bedrohten Republik hinstellen und ihr zum bevor- rechteten Parlament machen wollen. Eine solche Lage würde in einer lebendigen Demokratie zu einem offenen Konflikt zwischen den beiden Häusern und zu einer Volksbewegung gegen das eigenwillige Oberhaus führen. Dies ist aber in Frankreich derzeit nicht zu erwarten. Einerseits weil die Parlamentsmildigkeit überhaupt im Land so groß geworden ist, daß eine Frage des Wahlrechts die Massen schwerlich in Bewegung setzen könnte, dann aber, weil ein großer Teil der Proportionalisten den Parteien angehört, die vor jeder wirk- lichen Volkserhebung, mag sie im Augenblick auch ihnen zu- gutekommen, ein laßes Grauen empfinden. Vor allem aber wirken die Umstände der auswärtigen Politik und die an sie anknüpfenden Militärvorlagen ein, die dem Prä- sidenten der Republik, den großkapitalistischen Interessenten der Rüstungspolitik und den gemäßigten Parteien — alle von den Sozialisten abgesehen, eifrigsten Anwälten der Verhältniswahl zunächst am Herzen liegen.

Die militärischen Forderungen sollen nicht warten. Je länger die radikalen Abgeordneten Zeit bekommen, nachzu- denken und mit ihren Wählern in Fühlung zu treten, je mehr der sozialistischen Propaganda gegen die Rüstungen in der Wählerchaft Zeit gelassen wird, desto größer wird die Gefahr für den Militarismus, daß die Radikalen Abstriche von seiner Rechenrechnung machen. Die Regierung muß also alles tun, um eine innere Krise zu vermeiden. Dieses Inter- esse haben aber auch die Proportionalisten der Rechts- parteien. Indes wünschen auch die Radikalen, die ja in ihrer Mehrzahl nicht minder chauvinistisch und militärisch sind — Clemenceau selbst hat ja schon in bezug auf die Dienst- zeit öffentlich Buße getan —, keine Krise, die die Mög- lichkeit gäbe, sie in dem von der Sekundäre beeinflussten Klein- bürgertum als „Antipatrioten“ hinzustellen.

Soweit unser Pariser Mitarbeiter. Inzwischen haben die Ereignisse gezeigt, daß der Wunsch der Radikalen, die Krise zu vermeiden, doch nicht stark genug war, um ihre Abneigung gegen den Proporz zu überwinden. Ueber die entscheidende Sitzung des Senats wird gemeldet:

Paris, 18. März. Im Senat wurde heute die Beratung der Wahlreform fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte, wenn die Beratung eine Lösung entgegen seinem Wunsche zum Ergebnis haben sollte, würde er nicht länger an der Macht bleiben. Wenn die Regierung ihr Versprechen nicht einlösen könnte, würde sie ge- zwungen sein zurückzutreten, in ihrem Ansehen erschüttert! Das um keinen Preis! (Beifall im Zentrum.) Die Regierung wolle mit dem Senat und der Kammer zusammenarbeiten. Der Senat dürfe die Reformvorlage der Kammer nicht ohne Prüfung zurück- weisen! Darauf hat Ministerpräsident Briand einen Nebenbesitz über die Reformfrage seit 1895 und zeigte, daß die Reform zuerst von ihren gegenwärtigen Rürmischen Gegnern geirreist wurde. Die Idee sei also gut republikanisch.

Alle Ministerien hätten seit vielen Jahren die Wahlreform auf ihr Programm geschrieben. Sein Kabinett habe das gleiche getan. Die Regierung müsse stark sein durch das Vertrauen der beiden Verammlungen. Hehle ihr das der einen, so bleibe ihr nur übrig, zu gehen. Der Senat müsse in ein Kompromiß willigen, das imstande sei, das Land zu befriedigen. Seit 1910 seien von 40 Anträgen 31 dem Proportionalismus abgelehnt gewesen. Der Senat wolle sich hüten, daß er sein Verhalten nicht zu bereuen habe. Die Regierung erbleibe sich zu sozialer Mitarbeit; wenn der Senat sie zurückweise, müsse die Regierung zurücktreten.

Clemenceau erwiderte: Der Gedanke einer Vertretung der Minderheiten, ursprünglich republikanisch, ist gegen die Republi- kaner verdrängt und ausgeblendet worden. Man wolle selbst den Grundplan der Majorität beilegen, d. h. die letzte moralische Autorität, die es im Lande gibt. Der Konflikt bestehe, weil man die republikanische Mehrheit des Senats vor der heterogenen Mehrheit der Kammer beugen wolle. Aber der Senat wolle nicht in Konflikt

War er vielleicht draußen auf Askhöved, wo Cordula Thoms zum prächtigen Mädchen heranwuchs? — Aber nein. Wenn Cordula zu Besuch kam, gab er ihr in küßlicher Ruhe die Hand. Keine Spur von Verliebtheit. Darauf verstand sich Dörchen nun. Und sie suchte dann ihre Sorge zu beschwichtigen; der Junge gelange wohl bald von selbst wieder zur Besinnung! Doch in dieser Hoffnung täuschte sie sich.

Mom verfaß seine schönste Zeit in der Lechten Warm- herzigkeit und gab sein Taschengeld dafür aus, der schwarzen Deern zu schenken, wonach es sie gefüllte: Schokolade, Tücher, allerhand unnützen Kram, bunte Rajen, kleine Fi- guren. Er war nun schon so weit, es wunderdroll natürlich zu finden, daß es ein Geschöpf gab, dem Klopstok und Bos gleichgültig waren und das keinen Sinn für die Schönheit von Wald und Heide hatte. Das auch einen Kaiser jenseit- lich an der Nadel jappeln ließ. So sah er, und seine Blide glitten immer wieder über die Gestalt des Mädchens hin. Troß seines Begehrens wäre er indes vielleicht nie näher an Sarkessa herangekommen, wenn er nicht eines Tages Dominus bei ihr fand.

Finster mähnen die beiden einander. Der eine an diesem, der andre an jenem Ende des Tisches, — Sarkessa sah ge- mächlich auf ihrer Ofenbank.

„Bist du oft hier?“
 „So oft es mir paßt, mein lieber Mom.“
 „Du sagtest neulich, du gingst nie in die Aneipe.“
 „Man macht mal eine Ausnahme, lieber Mom.“
 „Aber gerade hier?“
 „Warum nicht? Wenn das hier gut genug für dich ist, meine Beugigkeit kommt auch damit aus.“
 Sarkessa schickte. Mom wurde gereizt.
 „Ich weiß schon Bescheid, du!“
 Dominus sah ihn mit schiefem Kopfe an.
 „Gar nichts weißt du.“
 Feindliche Augen. Der Tisch zitterte unter Momms Hand.

„Ich will dir was sagen, Douw, hier . . . hier hast du nichts zu suchen.“
 Das größte und drohte. Ferne über dem Tannendübel ein Donnern. Schon sieht man Wolkenzägen. Noch liegt Sonne darauf, bald werden die Jaden den Himmel ver- dunkeln, und der Tannendübel wird brennen unter den Bligen.
 „Gar nichts, verstehst du?“

(Fortsetzung folgt.)

mit der Kammer geraten. Wenn man ein System der Vertretung der Minderheiten ausfindig mache, das mit dem Majoritätswohl- stehem vereinbar sei, so werde er für Briand sein, aber er werde jedes System ablehnen, das dem Majoritätswohlstehem zuwiderlaufe. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Dringlichkeit erklärt.

Bei Artikel 1 der Wahlreformvorlage verteidigte Senator Penral seinen Antrag auf Wiederherstellung des Ma- joritätswahlrechts. Ministerpräsident Briand erklärte: Wir stehen vor einer entscheidenden Minute; der Antrag Penral schließt jede Möglichkeit eines Kompromisses aus. Wenn der Senat den Antrag annimmt, so werde ich gehen. Die Senatskommission empfahl, den Antrag anzunehmen.

Darauf erfolgte die Abstimmung. Der Zusatzantrag Penral wurde mit 181 gegen 128 Stimmen angenommen. Die Linke befragte die Vertretung der Abstimmung mit dem Anfe: Es lebe die Republik! Ministerpräsident Briand verließ in Begleitung sämtlicher Kollegen den Saal. Das Zentrum und zahlreiche Depu- tierte, die der Sitzung beigewohnt hatten, applaudierten ihm. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 18. März. Die durch den Sturz des Kabinetts geschaffene Pöze wird allgemein als sehr schwierig angesehen. Man glaubt auch, daß die Kabinettskrise ungewöhnlich langwierig sein dürfte. Mehrfach wird vermutet, daß Poincaré sich vielleicht zunächst an den Anstaltsminister des scheidenden Kabinetts Barthou wenden werde, um ihm die Neubildung des Ministeriums anzuvertrauen, weil Barthou sich in der Frage des Verhältniswahlrechts nicht festgelegt habe. Doch heißt es auch, daß man an Etienne als den künftigen Ministerpräsidenten denke, da er als der Urheber des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit im Vordergrunde stehe. Im übrigen wird vielfach die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Annahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit infolge des Sturzes des Kabinetts sehr unsicher geworden ist. Sehr ernst wird auch der Konflikt angesehen, der vom Senat durch die Ablehnung des von der Kammer angenommenen Wahlreform- entwurfs heraufbeschworen wurde. Die Anhänger des Verhältnis- wahlrechts sind über die Haltung des Senats sehr erbittert. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, daß der Deputierte Charles Benoist, der Chairman des Wahlreformauschusses der Kammer und Urheber des Verhältniswahlrechts, beabsichtigt, in der nächsten Kammer Sitzung einen von allen proportionalistischen Bestanten unter- zeichneten Antrag auf Auflösung der Kammer einzubringen. Durch Neuwahlen solle der Beweis erbracht werden, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für das Verhältniswahlrecht sei. Bei den eventuellen Neuwahlen dürften die Konservativen, Nationalisten, Gemäßigten und sozialistischen Anhänger des Proportionalismus ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung einen Bund zur Bekämpfung der Radikalen bilden. Unter den Freunden Clemenceaus herrscht über den Sturz des Kabinetts, der einen Monat nach dem Amtsantritt Poincarés erfolgt, große Verwirrung, da sie in dem Rücktritt Briands eine Revanche für die Schlappe ihres Präsidenten- schaftskandidaten Pams erblicken.

Paris, 18. März. Die Anhänger des Proportionalwahlrechts der Kammer beschloß, am Donnerstag zu Beginn der Sitzung einen, Poincaréantrag vorzulegen, in dem an der früheren Kammer- beschluß in der Wahlrechtsfrage erinnert wird, diese Beschlüsse aufrechtzuerhalten.

An den Gräbern der Märzgefallenen.

Wieder pilgerten am 18. März viele Tausende von Proletariern nach dem Friedrichshain im Osten Berlins, um die toten Freiheits- kämpfer des Jahres 1848 zu ehren. Ein scharfer Märzwind sauste über den kleinen schmucklosen Friedhof, der noch immer nicht das von den Berliner Stadtverordneten und vom Magistrat im Gedenkjahr 1898 beschlossene Friedhofsportal erhalten hat; ganz abgesehen von den Zusagen, die im Jahre 1848 zu Ehren der toten Kämpfer gemacht worden sind. In unseren Tagen der Scharfmacher sei daran erinnert, daß am 20. März 1848 die Stadtverordneten von Berlin durch öffentlichen Anschlag bekanntgeben ließen, daß 1. unsern mangelhaften Brüdern ein selerisches Begräbnis aus städtischen Mitteln bereitet wird, und daß 2. die Fürsorge für die Verwundeten und die Familien der Hinterbliebenen die Stadt Berlin übernimmt, sowie, daß ein Monu- ment für die Gefallenen im Friedrichshain und ein zweites in der Stadt errichtet wird. Auch sollte allen, die in den Märztagen für die Stadt gekämpft und gewirkt haben, der Dank durch die Zeitungen ausgesprochen werden. Der Magistrat trat dem Beschluß „mit unglücklicher Zustimmung“ bei und eine öffent- liche Dankagung wurde erlassen. Außerdem veröffentlichte das Be- staltungskomitee einen Aufruf, wonach das geplante Denkmal als ein über die Grenzen der Stadt Berlin hinausragendes nationales Monument entstehen sollte, da „die Gefallenen für ganz Deutschland gefochten hätten“. Nichts von all dem ist geschehen. Die Polizei- behörde des Junkerstaats hat den Ausbruch der Pietät mit aller Macht niedergeschlagen. Dafür wandern jährlich unzählige Proles- tarien nach dieser Begräbnisstätte, die noch nicht einmal so viel Schmuck aufweist wie ein einfacher Dorffriedhof, obwohl nur ein Friedwinger Bruchteil der Summen, die zur Unterhaltung des Fried- richshains ausgegeben werden, genügen würde, um eine für die Reichshauptstadt würdige Ruhestätte der Märzgefallenen zu schaffen.

Schon am frühen Morgen des 18. März kamen die Kranz- deputationen aus allen Richtungen der Stadt gezogen, um ihre prachtvollen, riesigen Kränze mit den großen Schleißen niederzulegen. Der einzige, durch den kleinen Friedhof führende Weg alt wieder einer Kränzpforte. Etwa 250 dieser Kranzgebenden konnten bis gegen Mittag gezählt werden, von denen annähernd der fünfte Teil durch die Polizeikräfte erschanden war. Die Feiur wurde in diesem Jahre außerordentlich scharf gehandhabt. Darmlose Wid- mungen, die in früheren Jahren unbeanstandet blieben, wurden konfisziert; Worte und Mahnungen von Feins, Freilicht, Schüler, Glasbrenner u. a. mißfielen dem diensthabenden Polizeileutnant. Mißgeschick rief er die ihm staatsgefährlich ersichtenen Widmungen ab und hefte sie in die Tasche. Sicher ist, daß diese Arbeit auf- reichender wirkte als die Widmungen, wenn sie unbeanstandet ge- blieben wären. Aber nur ein Lächeln erzeugte es bei den Umstehen- den, wenn Schleißen konfisziert wurden mit Auffrischen wie: „Eine Grenze hat Trauennacht!“ oder: „Ich, die gekämpft für edle Freiheit, für Wahrheit und für gleiches Recht, die ihr das Leben hingeworfen, habt euer Blut umsonst veripritzt; Denn höher als in jenen Tagen sind Junter heut und Volk!“ D kehrt zurück, ihr Märztag, daß endlich wird die Menschheit frei!“ Oder: „Das Recht, das ihr erschaffen habt mit eurem Blut, das raubt uns die Junter- und Pfaffenbrut. Wir wollen und müssen sie niederzwingen; Befehle euer Geist sind bei unserm Ringen.“ Bei dieser Polizeiarbeit passierte einmal das kleine Malheur, daß die gleiche Widmung auf einer Kranzstange die Feiur passieren durfte, während sie auf einer andern Schleiße abgerissen wurde. Das organisierte Proles- tariat ist an derartige Polizeimaginationen gewöhnt, und so mußten sich auch die zahlreichen Polizeisten, die auf allen Zugängen zu dem Friedhof und in den angrenzenden Straßen aufgestellt waren, damit begnügen, die Massen zu bewandern, die zum Friedhof zogen. Auffallend war, daß Kränze der Demokraten mit schwarz-rot- goldenen Schleißen und der Anarchisten mit schwarzen Schleißen in diesem Jahre in geringerer Zahl niedergelegt wurden als in den Vorjahren. Die Ehrung der Märzgefallenen wird mehr und mehr ausschließlich Aufgabe der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Das ist auch gut so!